

Stellungnahme

der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie

zum Grünbuch der Europäischen Kommission

„Ein Rahmen für die Klima- und Energiepolitik bis 2030“

Viele Probleme der Energieversorgung lassen sich nur im europäischen Verbund lösen. Notwendig ist eine Harmonisierung von Instrumenten und Maßnahmen auf der europäischen Ebene. Zielkonflikte zwischen den europäischen und nationalen Instrumenten müssen vermieden werden.

Seit 2007 streben die EU-Staaten drei vorrangig umwelt- und klimapolitische Ziele an:

- 20 % Treibhausgasreduktion bis 2020 gegenüber 1990,
- 20 % Anteil erneuerbarer Energieträger am Endenergieverbrauch
- 20 % Minderung des Stromverbrauchs durch Steigerung der Energieeffizienz.

Spätestens mit diesem Grünbuch ist die Diskussion um neue Zielsetzungen über 2020 hinaus eröffnet.

Für eine nachhaltige und innovationsförderliche Weiterentwicklung der EU-Politik müssen den Klimaschutzziele die industrie- und energiepolitischen Ziele Versorgungssicherheit und globale Wettbewerbsfähigkeit gleichberechtigt an die Seite gestellt werden. Das entspricht den ökologischen, sozialen und ökonomischen Dimensionen von Nachhaltigkeit.

Davon ausgehend müssen Subziele oder Instrumente wie das europäische Emissionshandelssystem, die Förderung der erneuerbaren Energien und die Steigerung der Energieeffizienz mit Versorgungssicherheit und Wettbewerbsfähigkeit vereinbar gestaltet werden.

Die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industriezweige ist uns wichtig, weil sie die Beschäftigung in den Industriesektoren in allen Mitgliedsstaaten und Regionen der europäischen Union sichert. Die Europäische Kommission strebt laut ihrer Mitteilung „KOM (2012) 582, 10. Oktober 2012“ an, dass die Industrie in Europa wieder einen Aufschwung nimmt und ihr Anteil am BIP von derzeit 16 % bis zum Jahr 2020 auf 20% steigt. Ein zukünftiger Rahmen für Klima- und Energiepolitik muss die Verantwortung der EU für die Bewahrung und Stärkung ihrer industriellen Basis und die gleichzeitige Förderung von Effizienz und Modernisierung, Forschung, Innovationen und Entwicklung neuer Technologien sowie Vermeidung von „Carbon Leakage“ anerkennen und berücksichtigen.

Für Versorgungssicherheit und Wettbewerbsfähigkeit müssen weitere Zielkategorien und quantifizierbare Indikatoren ihrer Erreichung formuliert werden. Dazu gehört jedenfalls die Untersuchung der Netto-Effekte der Klima- und Energiepolitik auf die Beschäftigung in der EU.

Das zentrale Klimaziel bleibt die Minderung der CO₂-Emissionen, um die Erderwärmung zu begrenzen. Sie muss mit dem weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien und der weiteren Steigerung der Energieeffizienz verbunden werden.

Die IG BCE spricht sich grundsätzlich für ein weltweit verbindliches Klimaabkommen als wichtigste Voraussetzung für einen wirksamen Klimaschutz aus. Die IG BCE lehnt weitere

einseitige Vorleistungen der EU ab, die zu einer Beeinträchtigung der Wettbewerbsfähigkeit führen würden.

Das wesentliche Instrument zur Minderung der CO₂-Emissionen ist heute der Treibhausgas-Emissionshandel. Er ist grundsätzlich geeignet, als Innovationstreiber das zentrale, kosteneffiziente Instrument zur Erreichung von CO₂-Minderungszielen für Industrie und andere Sektoren zu sein. Ob und in welcher Form er über 2020 hinaus fortgesetzt werden soll, muss rechtzeitig bis 2020 überprüft werden.

Entscheidend dafür sind aus Sicht der IG BCE Fortschritte auf dem Weg zu einem globalen Emissionshandelssystem. Die Klimakonferenz 2015 und insbesondere auch die Beziehungen der Europäischen Union zu wichtigen Wettbewerbsregionen der europäischen Industrie wie Nordamerika und die BRIC-Staaten müssen genutzt werden, um dort einen CO₂-Markt mit einheitlichen Wettbewerbsbedingungen einzuführen. Dabei geht es um mehr als die administrative Verknüpfung und gegenseitige Öffnung verschiedener Handelssysteme. Die europäische Industrieproduktion hat bis heute ihren Stand zur Einführung des Europäischen Handelssystems mit der EU-Richtlinie von April 2009 noch nicht wieder erreicht. Europa kann und sollte von den im globalen Wettbewerb schneller wachsenden Industrieregionen, die ihrerseits Emissionshandelssystem einführen, lernen, wie Emissionshandel und industrielles Wachstum besser verknüpft werden können.

Die Überprüfung des Emissionshandelssystems soll synchron mit Überprüfungen der Förderinstrumentarien für erneuerbare Energien, der Umsetzung der CCS-Richtlinie und der Entwicklung der Energieeffizienz erfolgen.

Nationale Instrumente zur Förderung erneuerbarer Energien müssen europäischer werden. Wünschenswert sind konkrete Maßnahmen wie regionale Kooperationen von EU-Mitgliedstaaten hinsichtlich des Ausbaus sowohl erneuerbarer Energien als auch konventioneller Residual-Kapazitäten. So könnten möglicherweise eine höhere Kosteneffizienz und die Vereinbarkeit mit dem EU-Binnenmarkt besser dargestellt werden als auf nationaler Ebene.